



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 10. April 2024

Von Wolfgang Liedtke

Die letzte vollständige Ratssitzung des Präsidenten Reto Buchmann hatte eine besonders kurze Traktandenliste. Da auch die Einbürgerungsanträge aus Gründen des Personenschutzes nur noch summarisch behandelt werden und der Begrüssungs- Apéro mit den Eingebürgerten entfiel, war diese Ratssitzung kurz.

Mitteilungen

Stadtrat Mario Senn informierte über die Kriminalstatistik des Kantons und der Stadt Adliswil. Im Kanton haben 2023 die Delikte um neun Prozent zugenommen. Die Zunahme war vor allem bei Betrugs- und Vermögensdelikten zu verzeichnen. 22 Prozent der Delikte wurden von Personen ohne Schweizer Pass, Asylbewerber und Kriminaltouristen, begangen. In Adliswil gab es 2023 768 Vergehen gegen das Strafgesetzbuch und im Bereich der Betäubungsmittel, das waren sechs Prozent mehr als im Vorjahr. Mit 487 Delikten lag das Schwergewicht auch in Adliswil im Bereich von Diebstahl, Raub und Betrug. Allein bei den Betrugsfällen gab es eine Zunahme um ca. 15 Prozent, was mit der wachsenden Bedeutung des Online-Handels zusammenhing. Senn bezeichnete die Zusammenarbeit zwischen der Polizei Sihltal und der Adliswiler Kantonspolizei als gut.

Fragestunde

Unterbringung von Asyl- und Schutzsuchenden – Konsequenzen der zusätzlichen Asylsuchenden für das Schulsystem - Jährliche Überprüfung der Mietzinslimite – Rollschuhfeld in der Tüfi – Schutz von jüdischen Einrichtungen – Einbezug der Bevölkerung in die Revision des REK – Massnahmen gegen Diebstähle auf Schularealen

Sebastian Huber (SVP) bezog sich auf seine Frage vom 8. März 2023 zu "Mietkündigungen zu Gunsten von Asyl- und Schutzsuchenden" und wollte wissen, ob Adliswil seit Beginn dieses Jahres verpflichtet sei, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen. Stadträtin Marianne Oswald (Grüne) wies in ihrer Antwort darauf hin, dass Adliswil bisher seine Unterbringungspflicht übererfülle. Neben den 140 Plätzen im Durchgangszentrum Sihlau befinden sich aktuell 159 weitere Flüchtlinge, meistens mit Status S, in Adliswil. Adliswil beherbergt damit 43 Flüchtlinge mehr als erforderlich. Ab Juli gilt eine höhere Zuteilungsquote. Adliswil muss dann 315 Flüchtlinge aufnehmen, das heisst es würden 16 zusätzliche Flüchtlinge nach Adliswil kommen. Unterkünfte würden zurzeit noch gesucht.

Rolf Schweizer erkundigte sich nach den Konsequenzen für die Schulen aus den zusätzlichen Zuweisungen. Stadtrat Markus Bürgi (FDP) erläuterte, dass in der Vergangenheit jeweils zwischen 20 und 40 Schulkinder aus Flüchtlingsfamilien die Adliswiler Schulen besuchten. Diese würden nach kurzer Zeit in die Regelklassen integriert, Kinder bis zur ersten Primarklasse sogar sofort den Regelklassen zugewiesen. Für die ukrainischen Kinder hatte man zusätzliche Aufnahmeklassen gebildet, inzwischen seien die Ukrainer aber in die Regelklassen integriert. Wegen der höheren Aufnahmequote habe man nun eine Aufnahmeklasse Asyl beim kantonalen Schulamt beantragt und auch bereits die Bewilligung erhalten.

Wolfgang Liedtke (SP) erkundigte sich, ob wie Anfang 2023 angekündigt die jährliche Überprüfung der Mietzinslimite für auf Sozialhilfe angewiesene Personen wie vorgesehen vorgenommen wurde und zu welchem Ergebnis sie gekommen ist. Stadträtin Marianne Oswald (Grüne) erklärte, dass zum 1. Februar 2023 die Mietzinslimite angepasst worden seien. In der Sitzung der Sozialkommission im Februar habe man auf Basis einer Analyse der Wohnungsmieten entschieden, die Limiten in diesem Jahr nicht anzupassen. Es habe

allerdings Anpassungen bei den Bedingungen für die Kostenübernahmen bei Mieten in Bezug auf Verhältnismässigkeit, Intensität der Suchbemühungen etc. gegeben.

Bernie Corrodi (FW) bemängelte, dass das Rollschuhfeld bei der Tüfi häufig unter Wasser stehe. Er erkundigte sich nach der Möglichkeit einer Sanierung und den allfälligen Kosten. Stadtrat Mario Senn stellte klar, dass die Wasseransammlungen auf dem Mehrzweckfeld dadurch entstehen, dass aus Sicherheitsgründen keine Abflussrinnen angelegt worden seien. Es gebe nur Durchlässe durch die Umrandung des Feldes, so dass der Wasserabfluss nach Regen länger dauere. Ausserdem sei der Rollschuhclub für die Reinhaltung des Feldes selbst verantwortlich, die Gerätschaften dazu habe die Stadt zur Verfügung gestellt.

Vera Buchmann-Bach (FDP) erkundigte sich nach den Schutzmassnahmen für jüdische Einrichtungen in Adliswil. Stadtrat Mario Senn (FDP) erläuterte, dass der jüdische Gebetsraum in Adliswil seit Oktober intensiver polizeilich überwacht würde. Ausserdem stehe man in engem Kontakt mit dem Sicherheitsverantwortlichen der jüdischen Gemeinschaft. Seit dem Terroranschlag in Zürich seien die Sicherheitsmassnahmen erneut verstärkt worden.

Angela Broggini (Grüne) wollte mehr über den Einbezug der Bevölkerung bei der Revision des Raum-Entwicklungs-Konzepts (REK) wissen. Stadtrat Felix Keller informierte darüber, dass voraussichtlich mit dem Stadtbrief im dritten Quartal dieses Jahres die Bevölkerung zur Mitarbeit eingeladen werde. Es sind auch Veranstaltungen zum REK von Herbst 2024 bis Frühjahr 2025 und eine Werkschau im 2. Quartal 2025 vorgesehen.

Xheli Etemi (SP) bezog sich auf Diebstähle von gesicherten E-Trottinettes und Velos auf diversen Schularealen und wollte wissen, welche Möglichkeiten die Stadt zur Verhinderung von Diebstählen habe. Stadtrat Mario Senn berichtete von nur tiefen Fallzahlen und erklärte, dass die Polizei nur von diesen Diebstählen erfahre, wenn sie konsequent angezeigt würden. Es sei möglich, die Schulareale lückenlos durch Videokameras zu überwachen, indem man die heutige Überwachung zeitlich und räumlich ausdehne. Allerdings halte er dies angesichts der niedrigen Fallzahlen nicht für gerechtfertigt.

Im Anschluss an die Fragestunde wurden sechzehn Einbürgerungsanträge gutgeheissen.

Kreditantrag Zentrum Ost

Die Stadt Adliswil hat sich vorgenommen, in einem partizipativen Verfahren die Wünsche der Bevölkerung zur Nutzung des so genannten „Stadthausareals“ abzuholen. Vor ca. zwei Jahren tagte eine Echogruppe, bestehend aus Bürgern ohne politisches Mandat, über die Nutzung des Areals. Nun plante der Stadtrat den nächsten Schritt mit einem Vorprojekt, bei dem – anders als üblich – von den politischen Parteien entsandte Vertreter in beratender Funktion beteiligt werden sollen. Der Kreditantrag für dieses Vorprojekt in Höhe von CHF 1'545'000.00 war von der vorberatenden Rechnungsprüfungskommission (RPK) mit 4 zu 3 Stimmen (Stichentscheid der Präsidentin) zur Rückweisung empfohlen worden. Der Auftrag an den Stadtrat, über den der Grosse Gemeinderat abstimmen sollte, lautete, die einzelnen Bausteine des Vorprojekts zu sequenzieren, für die einzelnen Bausteine Kreditobergrenzen festzulegen und das Parlament jeden Baustein einzeln genehmigen zu lassen. Die Präsidentin der RPK, Silvia Hebling (FDP), erläuterte die Gründe für die Rückweisung vor allem mit vermeintlichen finanziellen Risiken. Ausserdem führte sie an, dass andere Gemeinden von zeitaufwendigen partizipativen Verfahren berichteten.

Pascal Welti (Grüne) vertrat die Minderheitsmeinung der RPK und widersprach. Im bisherigen partizipativen Verfahren seien klare Module entwickelt worden. Eine Rückweisung verzögere das Projekt nur unnötig. Christoph Sütterlin (GLP) kritisierte den finanziellen Umfang des Projektes und rechnete vor, dass Adliswil in den kommenden Jahren bereits mehr als 100 Mio Franken investieren will. Wolfgang Liedtke (SP) unterstützte den Kreditantrag des Stadtrates: *Seit Mitte der sechziger Jahre wird die Gestaltung des Areals Zentrum Ost geplant, was wahrscheinlich nicht alle wissen. Das heisst die Gemeinde hat über Jahrzehnte Liegenschaften und Boden gekauft, Gebäude teils voreilig abgerissen, in mehreren Anläufen ein Stadthaus geplant und verworfen. Vor zehn Jahren wurde eine Überbauung vorwiegend mit Wohnungen geplant und vom Stimmvolk abgelehnt.*

Der Stadtrat hat beim Neustart der Entwicklung des Areals Zentrum Ost einen sehr positiven Ansatz gewählt: einen partizipativen. Das bedeutet grosse Teile der Bevölkerung werden einbezogen. Die Partizipation hat bei der Neudefinition des Kulturleitbildes sehr gut funktioniert und wie wir eben hörten, ist auch für die Revision des REK ein partizipatives Verfahren vorgesehen.

Beim Zentrum Ost wurde das partizipative Verfahren damit begonnen, dass eine so genannte Echogruppe, besetzt mit Vertretern von politischen Parteien und Vereinen, ein Zielbild entwickelte. In einer Umfrage, an der alle Einwohner Adliswils teilnehmen konnten, wurden die Präferenzen für die Elemente dieses Zielbildes abgefragt. Das Ergebnis dieser Umfrage hat gezeigt, dass ein Konzept für Begegnung und Kultur eine Zustimmung von über 80 Prozent erhalten hat. Die Bevölkerung hat sich mehrheitlich für einen Park, einen Veranstaltungssaal und Räumlichkeiten für Vereine und Kultur ausgesprochen sowie für Gastronomie und Gewerbe.

Eine - äusserst knappe - Mehrheit der RPK mit Stichentscheid der Präsidentin spricht sich für eine Rückweisung des Antrags des Stadtrates aus und formuliert dazu einen Auftrag, der in Teilen unklar und deshalb nicht umsetzbar ist. So lautet ein Auftrag, die Bausteine zu sequenzieren. Soll das heissen, dass zunächst jeder einzelne Baustein konkretisiert werden muss, bevor man sich mit dem nächsten Baustein auseinandersetzt? Jeder Baustein soll ausserdem eine Kreditobergrenze erhalten. Schliesslich soll der Grosse Gemeinderat jeden einzelnen Baustein genehmigen. Es wird nicht klar, wann die Genehmigung des Grossen Gemeinderates für die einzelnen Bausteine erfolgen soll: vielleicht jeweils vor den Projektierungswettbewerben, also vor dem Wechsel von Teilphase 21 nach 22? Vermutlich befinden wir uns dann noch in zehn Jahren im Vorprojekt.

Es geht bei diesem Projekt um eine gesamtheitliche Gestaltung des Areals und nicht um Einzelprojekte. Ich frage mich, wie ein schlüssiges Gesamtkonzept entstehen kann, wenn auf diese Weise in die Projektdefinition und damit in den Masterplan eingegriffen werden soll.

Völlig überflüssig ist die jeweilige Zustimmung des Grossen Gemeinderates zu den einzelnen Bausteinen. In der beratenden Kommission sollen je zwei Vertreter der hier im Rat vertretenden Parteien einsitzen. Fast die Hälfte des Grossen Gemeinderates ist also in das Vorprojekt eingebunden. Wenn das als Kontrolle nicht ausreicht! Ausserdem benötigt später das eigentliche Bauprojekt ohnehin die Zustimmung des Gemeinderates.

Für mich klingt die Rückweisung, als wenn man das ganze Projekt torpedieren und damit den Willen der Bevölkerung missachten wollte. Die von der Mehrheit formulierte Rückweisung würde eine unnötige zeitliche Verzögerung bei der Beseitigung der Brache im Herzen Adliswils bedeuten. Dieses Vorgehen würde keine Minderung der finanziellen Risiken mit sich bringen, sondern durch Mehraufwand und zeitliche Verzögerungen zusätzlichen Kosten verursachen. Ich fasse zusammen:

- 1. Es ist nicht klar, wie die Sequenzierung der Bausteine in den Ablauf von SIA 112 integriert werden soll.*
- 2. Kreditobergrenzen für einzelne Bausteine verhindern ein schlüssiges Gesamtkonzept, haben aber keine finanziellen Auswirkungen im Vorprojekt.*
- 3. Die Genehmigung der einzelnen Bausteine durch den Gemeinderat führt zu zeitlicher Verzögerung und damit zur Verteuerung des Vorprojektes und des gesamten Projektes. Sie ist ausserdem unnötig, weil der Gemeinderat mit 16 Vertretern in der beratenden Kommission vertreten sein wird und ausserdem dem Projekt nach Abschluss des Vorprojektes zustimmen muss.*

Die SP-Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag der RPK ab und folgt dem Antrag des Stadtrates und damit dem Minderheitsantrag der RPK.

Sebastian Huber (SVP) bezeichnete die Vorstellungen für das Projekt als schwammig und unterstützte die Rückweisung. Angela Brogginì sprach sich für das partizipative Verfahren aus und sprach von einem Vorzeigeprojekt. Heinz Melliger (FW) rekapitulierte die Vorgeschichte des vorherigen Investor-Projektes und der Urnenabstimmung. Er beklagte die zeitliche Verzögerung, die eine Rückweisung und die Umsetzung der darin enthaltenen Aufträge bedeuten würde. Er kritisierte ausserdem die lange Beratungsdauer von neun Monaten in der

RPK. Heinz Geissler (FDP) meinte, der Investor des vormaligen Projekts hätte den Zugang zur Sihl finanziert. Jetzt müsse die Stadt dies selbst tun. Das partizipative Verfahren zeige seiner Ansicht nach die Hilflosigkeit des Stadtrates. Zudem sei das Vorprojekt so teuer wie die Anlegung des Parks und der vorgesehene Sihlsteg sei „nice to have“.

Wolfgang Liedtke (SP) nahm Bezug auf die Bemerkung von Sebastian Huber (SVP), die Module des Projektes seien zu schwammig. Er wies darauf hin, dass das Vorprojekt noch nicht begonnen habe und die Definition der einzelnen Bausteine sowie der Masterplan erst im Vorprojekt entwickelt würden. Rhetorisch fragte er, ob es denn besser sei, wenn Stadträtin Karin Fein und Stadtpräsident Farid Zeroual die Module bereits festgelegt hätten? Er ziehe das partizipative Verfahren vor und – an Heinz Geissler (FDP) gewandt – ihm wäre deshalb in diesem Projekt der „hilflose“ Stadtrat lieber.

Thomas Iseli (FDP) lobte das an der Urne abgelehnte Investor-Projekt mit einer Wohnbebauung und vertrat die Ansicht, damit hätte die Bevölkerung einen „Park“ und den Zugang zur Sihl kostenlos erhalten. Ausserdem gebe es jetzt Wohnungen in Toplage. Er machte damit klar, dass der Widerstand der FDP eine grundsätzliche Ablehnung des von den Einwohnern Adliswils gewünschten Projekts war. Angela Broggini (Grüne) wies darauf hin, dass die grosse Mehrheit das im partizipativen Verfahren entwickelte Konzept gut fänden. Sebastian Huber (SVP) meldete sich erneut zu Wort und verlangte ein abgespecktes Projekt vom Stadtrat. Er drohte mit einem Scheitern an der Urne durch die Anhänger der bürgerlichen Parteien. Gabriel Mäder (GLP) plädierte an die FDP, das alte Projekt in der Schublade zu lassen. Er kritisierte den Umfang des Projektes und das grosse Preisschild.

Zum Schluss ergriff Stadträtin Karin Fein (FW) das Wort und erläuterte, dass für die Konkretisierung der einzelnen Bausteine zunächst das Gesamtprojekt konkretisiert werden müsse. Der Stadtrat biete mit seinem Antrag eine Gelegenheit der Mitbestimmung. Bei einer Ablehnung seines Antrages sei auch die Partizipation in Frage gestellt.

Der Kreditantrag wurde mit 20 Stimmen der FDP, SVP, Mitte und GLP zurückgewiesen, für den Kreditantrag stimmten nur die anwesenden 13 Gemeinderäte der SP, EVP, FW und Grünen. FDP, SVP, Mitte und GLP haben damit ein gutes Projekt der Bürger Adliswils für die Adliswiler zunächst einmal gestoppt. Der Stadtrat wird nun ein redimensioniertes Projekt unter Verzicht eines partizipativen Ansatzes vorlegen. Eine grosse Chance ist verpasst. Ein Eingreifen des Stadtpräsidenten in die Debatte wurde vermisst.

Jahresbericht der Geschäftsprüfungskommission

Jedes Jahr in der Aprilsitzung berichtet die Geschäftsprüfungskommission (GPK) über ihre Prüfungstätigkeit. Er wird auf der Webseite des Grossen Gemeinderates veröffentlicht. Zum diesjährigen Bericht meinte Wolfgang Liedtke (SP):

Ich bedanke mich bei den Mitgliedern der GPK für den Jahresbericht. Er ist wie gewohnt klar gegliedert und informativ. Zwei Bemerkungen möchte ich gerne machen.

Unter der Überschrift Riskmanagement hält der Bericht fest: «Der GPK ist es wichtig, unnötigen Aufwand für die GPK und die Beaufsichtigten zu vermeiden ...» Wenige Zeilen oberhalb aber schildert die GPK, wie sie Ende August mit dem Kantonalen Gemeindeamt die Frage der Stellvertretung in den Gemeinderats-Kommissionen abgeklärt hat. Um diese Frage zu beantworten, hätte ein Blick in die Protokolle des Büros gezeigt, dass dieselbe Frage dort wenige Wochen zuvor behandelt und geklärt worden war. Den Aufwand hätte die GPK also vermeiden können.

Ein weiterer Punkt, der mir aufgefallen ist, ist die zustimmende Berichterstattung zur Arbeit der Verwaltung mit dem GEVER-System CMI. Es freut mich, dass die Verwaltung bei der Digitalisierung Fortschritte macht. Aber was ist mit den Kontrollorganen der Verwaltung, also dem Parlament und seinen Kommissionen? Bei uns hinkt die Einführung und volle Nutzung des CMI noch weit hinter den Möglichkeiten zurück. So haben gerade die Kommissionen heute noch keine Möglichkeit, das GEVER-System mit seinen Werkzeugen zum Co-Working und seine Ablagemöglichkeiten zu nutzen. Stattdessen wird von den meisten Kommissionen eine Ablage in Dropbox verwendet, was aus datenschutzrechtlichen Gründen sehr bedenklich und

wenig benutzerfreundlich ist. Archivierungen erfolgen auf USB-Sticks, Sicherungskopien existieren nicht. In meinen Augen ist die unzureichende Ausstattung des Parlaments nicht länger hinnehmbar. In der GPK war das eigentlich schon in der letzten Legislaturperiode Thema. Ich würde es begrüßen, wenn neben dem Büro auch die GPK hier mehr Druck auf die Verwaltung ausüben würde, damit die Schieflage bei den Arbeitswerkzeugen zwischen Verwaltung und Politik in absehbarer Zeit beseitigt wird.

Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte) ergriff das Wort und bestritt, dass es an der Verwaltung liege, dass die Einführung des CMI für den Gemeinderat nicht weiterkomme, der Gemeinderat sei selbst dafür verantwortlich. Liedtke (SP) meldete sich erneut zu Wort und widersprach mit dem Hinweis, dass der Gemeinderat ohne Informatikunterstützung der Stadtverwaltung das System nicht einführen könne, da der Gemeinderat keine eigene Informatik habe. Bei der Verwaltung fehlten aber seines Wissens die Ressourcen zur Unterstützung des Gemeinderates. Der Stadtpräsident gab mit einem Nicken seine Zustimmung zu erkennen.

Die Gemeinderatssitzung endete um 21 Uhr.